



Mehr Wohnungen, mehr Hilfe bei der Kaltmiete und verstärkte Mindestlohnkontrollen



Der wiedergewählte IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger macht Vorschläge, die Krisen-Belastungen abzufedern.

"Das Wohnungsdefizit wird Ende des Jahres einen traurigen Spitzenwert erreichen, dann werden in Deutschland weit über 700 000 Wohnungen fehlen." Das hat der wiedergewählte Bundesvorsitzende der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt Robert Feiger auf dem 23. Gewerkschaftstag prophezeit. Er stützt sich dabei auf Berechnungen des Pestel-Instituts Hannover. Mangelware seien vor allem bezahlbare und Sozialwohnungen. So schmelze der Bestand an Sozialwohnungen regelrecht weg: Rein rechnerisch sei im vergangenen Jahr alle 19 Minuten eine Wohnung verschwunden, nur alle 25 Minuten käme eine neue hinzu. "Es ist paradox: Deutschland erreicht eine neue Talsohle beim sozialen Wohnen, und das bei einem Zuwanderungshoch!"

Feiger fordert deshalb, dass der Staat – gerade jetzt in der Krise – bei der Schaffung von sozialem und bezahlbarem Wohnraum nachlegt. Das könne durch Neubau, Umbau von Gewerbeimmobilien – vor allem Büroraum – oder Dach-Aufstockungen gelingen. Auf jeden Fall müsse die Bundesregierung an ihrem Ziel, dem Bau von 400 000 Wohnungen im Jahr, davon 100 000 Sozialwohnungen, festhalten. "Mehr günstige Mietwohnungen auf dem Markt dämpfen die Mieten, und verstärkter Wohnungsbau kurbelt auch noch die Konjunktur an. Ein zweifacher Gewinn!" Aufpassen müsse man auch darauf, dass man nicht in eine Situation komme, in der Bauarbeiter*innen aufgrund fehlender Aufträge wieder nach Hause geschickt werden müssten. "Wenn sie mal weg sind, kommen sie nicht wieder. Die Gastronomie kann ein Lied davon singen", sagt der IG BAU-Chef.



Pressespiegel

Ausgabe: 30.09.2022



Nach weiteren Berechnungen des Pestel-Instituts liegt die Zahl der armutsgefährdeten Menschen in Deutschland bei gut 13 Millionen, davon etwa 3,6 Millionen Senior*innen. Vor allem sie sind von den drastischen Steigerungen der Kaltmiete betroffen. "Bei den Beschäftigten wird es in erster Linie diejenigen treffen, die zu einem Niedriglohn arbeiten. Aber auch die Facharbeiterin oder der Facharbeiter sind nicht davor gefeit", sorgt sich Feiger. Deshalb brauche es eine Soforthilfe, 500 Euro für alle Beschäftigten, Empfänger*innen von Grundsicherung, Rentner, Azubis und Studierende fordere der DGB, 100 Euro zusätzlich für jedes Kind. Die IG BAU werde sich dafür einsetzen, dass die steuer- und sozialabgabefreien 3000 Euro, die jetzt in aller Munde seien, mit den Arbeitgebern auch ordentlich ausgehandelt würden. Und wer Mitglied in der Gewerkschaft ist, habe gute Chancen, einen Extra-Bonus zu bekommen.

"Wichtig in dieser Krisenzeit ist aber auch, dass ausgehandelte oder gesetzlich festgeschriebene Mindestlöhne auch gezahlt werden", sagt der IG BAU Bundesvorsitzende vor dem Hintergrund, dass in drei Tagen der gesetzliche Mindestlohn auf zwölf Euro steigt. Er zählt auf: In der Landwirtschaft kommt rein rechnerisch alle 90 Jahre (!) ein Beschäftigter der Finanzkontrolle Schwarzarbeit vorbei, im Forst sind es über 25 Jahre, auf dem Bau über 20 Jahre und in der Gebäudereinigung über 15 Jahre. "Manche Betriebe sind solange nicht einmal am Markt!" Rund sechs Millionen Menschen werden von dem neuen Mindestlohn profitieren, hinzukommen Geflüchtete, überwiegend aus der Ukraine. Die IG BAU fordert deshalb eine Verdopplung der Kontrolleure auf 16 000. "Erst dann liegt das Prüfrisiko bei zehn Prozent. Und selbst wenn nur alle zehn Jahre mit einer Prüfung zu rechnen ist, wird es noch einige schwarze Schafe unter den Arbeitgebern geben, die das Risiko eingehen und ihre Beschäftigten mit einem Lohn abspeisen, der den Namen nicht einmal verdient", so Feiger abschließend.

Weitere Informationen, beispielsweise die Präsentation aus der Pressekonferenz, finden Sie igbau.de/OGT-Pressokonferenz

Lokalkompass.de



IG BAU will Jugendarbeit wieder in den Fokus rücken



Nicole Simons (Foto: JGFoto / IG BAU)

Mitgliedergewinnung durch gezielte Ansprache in der Ausbildung.

"Wir müssen unsere Jugendarbeit stärken, wir müssen noch attraktiver für junge Leute werden. Nutzen wir die Gunst der Stunde nach der Corona-Zeit, in der wieder vermehrt Auszubildende bei uns Mitglieder werden wollen." Das hat das Bundesvorstandsmitglied der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) Nicole Simons, sie ist für den Jugendbereich zuständig, auf dem Gewerkschaftstag in Kassel gesagt. Während der Pandemie waren die Zahlen der Jugendbeitritte in allen Gewerkschaften rückläufig, weil viele Ausbildungsstätten schließen mussten und gewerkschaftliche Bildungsarbeit nur erschwert möglich war.

Nach einem von den rund 350 Delegierten verabschiedeten Antrag sollen Jugendliche künftig gezielt in den Berufsschulen, den überbetrieblichen Ausbildungszentren, den Hochschulen und natürlich in den Betrieben angesprochen werden. Dazu sollen sich die Jugendverantwortlichen, die zuständigen Branchen und die Jugendorganisation "Junge Bau" eng abstimmen. In jeder der zwölf IG BAU-Regionen muss es eine*n Verantwortliche*n für Jugend- und Ausbildungsarbeit geben. Junge Frauen und Männer sollen auch für ehrenamtliche Arbeit gewonnen werden. Der Bundesvorstand wird damit beauftragt, zu den Vorhaben ein Konzept und Projektideen zu erarbeiten. Zudem hat sich das "Gewerkschafts-Parlament" dafür ausgesprochen, Studierende künftig als eigenständige Personengruppe, wie jetzt schon Senioren oder Frauen, anzuerkennen.



"Die Jugend ist nicht einfach nur unser Unterbau und sorgt für eine stabile Mitgliederentwicklung. Sie bringt vielmehr frische und progressive Themen sowie neue Formen und Ideen in die Gewerkschaftsarbeit ein. Sie ist unsere Zukunft", sagte Simons. "Zudem: Wer früh lernt, sich für seine Rechte einzusetzen, wird auch im weiteren Berufsleben selbstbewusst und zufriedener seiner Arbeit nachgehen. Das kommt auch den Unternehmen und letztlich unserer Gesellschaft insgesamt zu Gute."

Lokalkompass.de

Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt steht für Vielfalt



Ulrike Laux (Foto: JGFoto / IG BAU)

Diskriminierte Menschen genießen besonderen Schutz.

"Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) tritt auch weiterhin für eine Beschäftigtenvertretung der Vielfalt ein, menschenfeindliche Einstellungen haben bei uns keinen Platz." Das hat IG BAU-Vorstandsmitglied Ulrike Laux auf dem 23. Gewerkschaftstag in Kassel vor rund 350 Delegierten postuliert. "Unser Schutz gilt allen, die aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe, Religion, geschlechtlichen Identität, sexuellen Orientierung, Behinderung oder eines sozialen Stigmas diskriminiert angefeindet oder gar angegriffen werden." Laux ist deshalb auch froh darüber, dass die Gemeinschaft der



Pressespiegel

Ausgabe: 30.09.2022



Queeren künftig als Personengruppe ausdrücklich benannt werden soll. "Damit hat ihre Arbeit den Stellenwert, den sie auch verdient." Weitere Personengruppen, die sich branchenübergreifend organisieren, sind beispielsweise Senioren, Frauen und in Zukunft auch Studierende.

Auch das politische Bildungs- und Beratungsangebot soll noch einmal geschärft werden. "Wir helfen allen Beschäftigten und Betriebsrät*innen dabei, ihr Engagement gegen menschenverachtendes Verhalten zu stärken und unterstützen sie bei einschlägigen Vorfällen im Betrieb", sagte die Gewerkschafterin. Für die IG BAU seien Parteien wie die AfD eindeutig der politische Gegner. "Ihre Politik ist rassistisch, demokratie- und menschenfeindlich. Mit unseren Werten ist das unvereinbar."

Schließlich mache sich die IG BAU auch für die Aufnahme und Integration von vor Krieg, Verfolgung und Katastrophen geflüchteten Menschen stark. "Wir machen keinen Unterschied hinsichtlich des Herkunftslandes, unsere Solidarität gilt allen Geflüchteten gleichermaßen", sagte Laux.

Lokalkompass.de